

Kapitel II: Analyserahmen für die Untersuchung von Fallbeispielen

Aufgrund ständiger Veränderungen der zwischenparteilichen Beziehungen und sich laufend wandelnder Größen- und Machtverhältnisse innerhalb von Parteiensystemen, die durch permanente ökonomische Veränderungen, sozialen Wandel und bedeutende politische Ereignisse ausgelöst werden, könnte man zu dem Ergebnis kommen, dass sich Parteiensysteme in einem permanenten Wandlungsprozess befinden.¹⁵⁸ Um sich von der Beliebigkeit dieser Überlegung zu lösen, muss geklärt werden, in welchem Fall noch von Stabilität und ab welchem Veränderungsgrad von Wandel gesprochen werden sollte. Eine Orientierung hierfür wird ermöglicht, indem zentrale Eigenschaften von Parteiensystemen als Indikatoren, die einen Wandel anzeigen können, operationalisiert werden (Abschnitt A dieses Kapitels). Bei einer vergleichenden Analyse politischer Systeme ist zudem eine sorgsame Begründung der Fallauswahl notwendig,¹⁵⁹ diese wird in Abschnitt B vorgenommen. Die Länderauswahl ist an dem *most similar systems design* orientiert. Für diese Untersuchung heißt das, die unabhängigen Variablen und Kontextvariablen, die unterschiedliche Formen von Parteiensystemwandel bewirken können, sollen zwischen den Ländern möglichst geringe Abweichungen aufweisen.¹⁶⁰ Zudem muss für eine Analyse des Wandels von Parteiensystemen die zeitliche Komponente zur Orientierung berücksichtigt werden.¹⁶¹ Die Längsschnittanalyse wird für jedes der Länder in vier Zeitabschnitten vorgenommen, die sich jeweils hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die dem Parteienwettbewerb zugrunde liegen, fundamental voneinander unterscheiden.

Im letzten Abschnitt dieses Kapitels (C) wird ein Schema entwickelt, das als Grundlage dient, Veränderungen verschiedener Indikatoren zu bewerten und den Wandel von Parteiensystemen qualitativ einzuordnen.

¹⁵⁸ Mair 2007, S. 19.

¹⁵⁹ Lauth / Pickel / Pickel 2009, S. 73.

¹⁶⁰ Vgl. Gerring 2009, S. 203.

¹⁶¹ Vgl. Probst 2010, S. 174.

A) Parteiensystemeigenschaften

In der politikwissenschaftlichen Literatur besteht keine Einigkeit darüber, wie die Eigenschaften von Parteiensystemen für die Analyse von Parteiensystemwandel zu definieren und zu operationalisieren sind. Fragen danach, wie welche Eigenschaften in die Analyse von Parteiensystemen einbezogen und gewichtet werden sollten und welche Kombinationen von Systemeigenschaften für die Analyse besonders nützlich sind, werden ebenfalls unterschiedlich beantwortet.¹⁶² Grundsätzlich lassen sich für die Analyse von Parteiensystemwandel drei Ansätze unterscheiden. Eine Möglichkeit besteht darin, eine unterschiedlich große Anzahl von Indikatoren heranzuziehen, die einzeln betrachtet werden.¹⁶³ Ein weiterer Ansatz ist die Fokussierung auf wesentliche Merkmale von Parteiensystemen, so genannte „core components“.¹⁶⁴ Die dritte Möglichkeit ist die Typologisierung von Parteiensystemen auf der Grundlage bestimmter Konstellationen von Systemeigenschaften.¹⁶⁵ In solchen Ansätzen wurde versucht, Zusammenhänge zwischen den komplexen Wettbewerbsmustern und quantitativ vergleichsweise einfach zu bestimmenden Eigenschaften aufzuzeigen.¹⁶⁶ Ein Problem besteht darin, dass die modellhaften Typologien im Hinblick auf die Analyse von Parteiensystemwandel zu statisch sind. Folgt man dem einflussreichen Ansatz von Sartori, sind in Westeuropa kaum Parteiensysteme zu finden, die nicht der Kategorie des „moderaten Pluralismus“ zugeordnet werden müssen.¹⁶⁷ Zudem wird die Bedeutung soziokultureller Konfliktlinien für Parteiensysteme und damit der spezifische Einfluss ihrer Ausprägungen und Konstellationen auf die strukturellen Eigenheiten der Parteiensysteme vernachlässigt. Ein weiterer Nachteil solcher Typologien, insbesondere wenn der Wandel von Parteiensystemen analysiert werden soll, liegt in ihrer Statik begründet. Parteiensystemwandel würde erst dann eintreten, wenn sich ein Parteiensystem von einem Typus in einen anderen transformiert.¹⁶⁸ Die Zuordnung eines Parteiensystems zu einem neuen Typus wiederum vernachlässigt bedeutende Aspekte von Kontinuität.¹⁶⁹

¹⁶² Jun 2004.

¹⁶³ Vgl. Niedermayer 1996, S. 21.

¹⁶⁴ Stöss / Haas / Niedermayer, 2006, S. 13f.

¹⁶⁵ Vgl. Bondel 1968, S. 180f; Sartori 1976, S. 117f; von Beyme 1982, S. 309f.

¹⁶⁶ Vgl. Mair 2007, S. 202.

¹⁶⁷ Donovan / Broughton 1999, S. 256.

¹⁶⁸ Vgl. Mair 1989, S. 256f.

¹⁶⁹ Smith 1989, S. 356.

Im Kern ist die vorliegende Untersuchung auf die qualitativen „core components“ von Parteiensystemen gerichtet. Diese werden jedoch im Zusammenhang mit quantitativen Indikatoren untersucht, die einer Analyse der Makroebene auf der Basis von Wahlergebnissen und der Verteilung von Parlamentssitzen entsprechen.¹⁷⁰ Durch das Aufstellen von Zeitreihenanalysen im Längsschnitt- sowie das Gegenüberstellen unterschiedlicher Parteiensysteme im Querschnittverfahren werden quantitative Indikatoren für komparativ-statistische Analysen genutzt.¹⁷¹ Dazu zählen, wie bereits angesprochen, die Anzahl der Parteien und ihre relative Größe (Fraktionalisierung), die Wählervolatilität im Parteiensystem, seine Segmentierung und Asymmetrien zwischen den Parteien oder Gruppen von Parteien. Zu aussagekräftigen Eigenschaften werden diese Indikatoren jedoch erst durch ihre Einbettung in eine qualitative Multikomponentenanalyse,¹⁷² bei der auch gesellschaftliche Faktoren berücksichtigt werden.

Um zu aussagekräftigen Analyseergebnissen zu kommen, scheint es sinnvoll, möglichst viele Strukturen und wiederkehrende Phänomene, die in Parteiensystemen auftreten, mit einer überschaubaren Anzahl qualitativer Systemeigenschaften zu erfassen. Die Eigenheiten von Parteiensystemen werden in drei qualitativen Systemeigenschaften zusammengefasst und verdichtet: Die *Struktur des politischen Wettbewerbs* zielt auf Fragen ab, ob der politische Wettbewerb auf politische Ränder gerichtet ist oder auf ein politisches Zentrum. Außerdem geht es darum, wie intensiv der politische Wettbewerb ist und mit welchen Mitteln er geführt wird. Bei der Analyse der *Variabilität des politischen Machtzentrums* geht es um Fragen danach, ob es einer Partei (oder mehreren Parteien) gelingt, sich im Parteiensystem so zu positionieren, dass sie für einen längeren Zeitraum die Regierungsgewalt „abonniert“ hat (oder haben). Die beiden genannten Systemeigenschaften zielen auf die Polarisierung innerhalb des Systems ab, sie sind zudem geeignet, das (strategische) Handeln der Parteien beziehungsweise ihrer Eliten zu berücksichtigen.¹⁷³ Außerdem sind diese beiden Systemeigenschaften zu einem gewissen Grad eine Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse, da die Parteien die sozialen und kulturellen Strukturen instrumentalisieren, indem sie die sich daraus ergebenden Gegensätze für die Wählermobilisierung nutzen. Zudem lässt die Analyse der Struktur des politischen Wettbewerbs und der Variabilität des politischen Machtzentrums Schlüsse zu, wie stark die Wähler auf bestimmte Parteien festgelegt sind.

¹⁷⁰ Vgl. Ladner 2004, S. 20.

¹⁷¹ Niedermayer 1992, S. 147.

¹⁷² Donovan / Broughton 1999, S. 255.

¹⁷³ Eith 2001, S. 22f.

Zu den qualitativen Eigenschaften eines Parteiensystems zählt zudem der – in Abhängigkeit von den gesellschaftlichen Voraussetzungen – jeweils dominante *Parteitypus*. Die Operationalisierung dieser Systemeigenschaft geht dabei über die Betrachtung der Organisationsstrukturen der Parteien hinaus. Unterschiedliche Parteitypen sind auch Ausdruck der jeweiligen Beziehungen zwischen Parteien und ihren Wählern.

Die zentralen Eigenschaften von Parteiensystemen werden nachfolgend erläutert. Dabei wird zwischen den quantitativen und den qualitativen Systemeigenschaften unterschieden. Für alle Eigenschaften wird jeweils deren Eignung, greifbare Aussagen über Veränderungen von Parteiensystemen zu treffen, herausgestellt. Neben den Veränderungen der Parteiensystemeigenschaften ist deren Zusammenwirken in den Wandlungsprozessen für die Untersuchung von zentraler Bedeutung. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die Eigenschaften von Parteiensystemen sich gegenseitig beeinflussen und mit anderen Faktoren der politisch-sozialen Umwelt, des politischen Systems und der Gesellschaft, in Beziehung stehen. Durch Veränderungen innerhalb dieses Beziehungsgeflechts entsteht Parteiensystemwandel.

1. Quantitative Systemeigenschaften

An dieser Stelle sei noch einmal daran erinnert, dass quantitative Parteiensystemeigenschaften, für sich betrachtet, nur wenige belastbare Aussagen über die politisch-soziale Wirklichkeit eines Parteiensystems und die Beziehungen zwischen einem Parteiensystem und seiner Umwelt ermöglichen. Dennoch können sie als Indikatoren einen bedeutenden Beitrag für die Analyse und die Bewertung von Parteiensystemen und ihrem Wandel leisten, indem sie in einem Kontext mit den im Anschluss erläuterten und qualitativen Systemeigenschaften betrachtet werden. Dies wird im Rahmen von Längsschnittanalysen zur politischen Entwicklung in den Beispielländern getan (Kapitel IV bis VII).

a. Anzahl der Parteien und ihre relative Größe

Die Anzahl der vorhandenen Parteien wird bei der Analyse eines Parteiensystems meist als erstes Charakteristikum genannt. Da einzelne Parteien sowohl im Hinblick auf ihre am Wahlerfolg bemessene Größe als auch im Hinblick auf ihr politisches Gewicht offensichtlich eine sehr unterschiedliche Bedeutung haben, wurden verschiedene Relevanzkriterien entwickelt, anhand derer Parteien gezählt werden. Eines ist ein bestimmter Wähleranteil, den Parteien bei nationalen Par-

lamentswahlen erreichen. Hier wird häufig ein Wahlergebnis von zwei Prozent herangezogen.¹⁷⁴ Ein weiteres Kriterium ist das Überwinden der Repräsentationshürde des nationalen Wahlsystems. Die beiden Relevanzmerkmale sind leicht zu quantifizieren, lassen jedoch wichtige Aspekte der Akteursebene außer Acht. Im Einzelfall kann es beispielsweise sinnvoll sein, auch marginale Parteien in die Analyse einzubeziehen, wenn sie das Verhalten maßgeblicher Parteien beeinflussen. Der Wert von zwei Prozent könnte also bereits zu hoch angesetzt sein,¹⁷⁵ weil etablierte Parteien sich durch das Aufkommen von Splitterparteien veranlasst sehen könnten, ihre Programmatik zu verändern, um weitere Stimmengewinne neuer Kleinparteien zu verhindern. Auf diese Weise könnten wiederum Relevanzmerkmale der größeren Parteien, wie deren Position im Parteiensystem oder ihr Koalitionspotenzial beeinflusst werden, ebenfalls mögliche Indikatoren für einen Wandel von Parteiensystemen.¹⁷⁶

Das einfache Feststellen der Anzahl „relevanter“ Parteien (Format) nach verschiedenen Kriterien hat in jedem Fall den Nachteil, dass das unterschiedliche Stimmengewicht nicht berücksichtigt wird. Dieses Problem wurde durch die Bildung von Parteiensystemtypologien, wobei die Parteienanzahl fast immer ein zentrales Merkmal bleibt,¹⁷⁷ teilweise gelöst. Dabei wird jedoch meist nicht genügend berücksichtigt, dass Parteiensysteme, die im Hinblick auf die Größenverhältnisse zwischen den Parteien – sei es in der Wählerschaft oder im Parlament – sehr ähnliche Konstellationen aufweisen, dennoch erhebliche Unterschiede in den Wettbewerbsmustern und bei der parlamentarischen Koalitionsbildung haben können.¹⁷⁸

Um die Größenverhältnisse zwischen den Parteien bei Angabe der Parteienanzahl zu berücksichtigen, wurden Indikatoren entwickelt, die die relative Größe und die Anzahl der Parteien einbeziehen. Reas Fraktionalisierungsindex und seine arithmetische Transformation, die effektive Parteienzahl (effective number of parties, ENP), sind die Messinstrumente, die in der Literatur am häufigsten genutzt werden.¹⁷⁹ Berechnungsgrundlage können die Verteilung der Wählerstimmen zwischen den Parteien oder die Sitzverteilung im Parlament sein. Das Konzept der Fraktionalisierung ist definiert als „*the probability that any randomly selected voters will have chosen different parties in any given election*“.¹⁸⁰

¹⁷⁴ Vgl. Von Beyme 1982, S. 310.

¹⁷⁵ Decker 1999, S. 347.

¹⁷⁶ Vgl. Sartori 1976, S. 119ff.

¹⁷⁷ Vgl. Von Beyme 1982, S. 309ff.

¹⁷⁸ Vgl. Ware 1996, S. 163ff.

¹⁷⁹ Niedermayer 1996, S. 31.

¹⁸⁰ Laakso / Taagepera 1979, S. 4.

Operationalisiert wird der Fraktionalisierungsindex (F), indem die quadrierten Anteile aller Parteien aufsummiert und von eins abgezogen werden. Der Wertbereich beginnt bei null (Einparteiensystem), erreicht bei null Komma fünf ein perfektes Zweiparteiensystem und nähert sich mit Annäherung an den Wert eins einem hypothetischen System an, in dem jeder Wähler seine eigene Partei wählt. Daraus ergibt sich die Formel: $F = 1 - \sum r_i^2$ (r = Proportion des Stimmenanteils beziehungsweise Parlamentssitze jeder Partei/100). Die effektive Parteienzahl ist eine arithmetische Transformation des Fraktionalisierungsindex, sie enthält deshalb die gleichen Informationen, gewinnt aber an unmittelbarer Anschaulichkeit. Definiert ist die effektive Parteienzahl als „*the number of hypothetical equal-size parties that would have the same total effect on fractionalization of the system as have the actual parties of unequal size*“.¹⁸¹ Die Formel für die effective number of parties (ENP) lautet: $ENP = 1/(1 - F)$.

Die Nutzung des Fraktionalisierungsgrades und der effektive Parteienzahl haben auch Kritik hervorgerufen. Zum einen werden die wahren Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien verschleiert, die sich aufgrund der Positionen innerhalb des Parteiensystems ergeben. Problematisch ist weiterhin ein Disproportionalitätseffekt, der zur Folge hat, dass bei zunehmender Ungleichverteilung der Stimmen- oder Sitzanteile die effektive Parteienzahl im Verhältnis zur realen Anzahl relevanter Parteien geringer wird.¹⁸² Zudem reagieren die Indexwerte auf vergleichsweise geringfügige Veränderungen sprunghaft und nicht kontinuierlich.¹⁸³

Veränderungen der Fraktionalisierung müssen auf ihre Ursachen hin überprüft werden. Sie sind zudem am ehesten dann aussagekräftig, wenn in Zeitreihenanalysen eine Trendentwicklung über einen längeren Zeitraum mit einer Vielzahl von Wahlperioden nachgewiesen werden kann. Damit stehen Kennziffern zur Verfügung, die Konzentrations- und Dekonzentrationsprozesse in einem Parteiensystem auch dann anzeigen, wenn sich die Anzahl relevanter Parteien nicht ändert. Die Gründe für solche Veränderungen lassen sich nur in einem qualitativen Kontext erschließen.

¹⁸¹ Laakso / Taagepera 1979, S. 4.

¹⁸² Niedermayer 1996, S. 24.

¹⁸³ Vgl. Wolinetz 2006, S. 55.

b. Segmentierung

Die Segmentierung eines Parteiensystems verweist auf die Koalitionsarithmetik, die sich aus den zwischenparteilichen Beziehungen innerhalb des Systems ergibt.

In parlamentarischen Demokratien, in denen mindestens zwei Parteien für eine Mehrheitsbildung notwendig sind, werden meistens *minimal winning coalitions* (MWC) gebildet.¹⁸⁴ Eine MWC liegt vor, wenn durch das Ausscheiden einer Partei aus der Koalition ihre parlamentarische Mehrheit verloren gehen würde.¹⁸⁵ Diese Definition lässt jedoch bedeutende Aspekte der politischen Praxis unberücksichtigt. Eine zentrale Grundlage für die Koalitionsbildung ist die programmatisch-ideologische Konvergenz der Parlamentsparteien. Demnach wählen die Parteien ihre Partner danach aus, möglichst viele eigene ideologisch-programmatische Vorstellungen in politisches Handeln umzusetzen (*policy seeking*).¹⁸⁶ Ein weiterer Aspekt der Koalitionsbildung beruht darauf, dass Parteien die Absicht verfolgen, möglichst viele Mitglieder der jeweiligen Parteiführung in prestigeträchtigen Regierungsämtern unter zu bringen (*office seeking*). In der politischen Praxis lassen sich bei der Koalitionsbildung naturgemäß Aspekte beider Ansätze beobachten.¹⁸⁷ Bei der Entscheidung, welche Koalition zustande kommt, spielen zudem historisch gewachsene Beziehungen zwischen den Parteien und tradierte Akzeptanz-Muster durch die Bevölkerung eine wichtige Rolle.

Wenn sich aus veränderten Beziehungen zwischen den Parteien neue Koalitionsoptionen entwickeln oder bestehende wegfallen, ist Parteiensystemwandel evident.¹⁸⁸ Eine Möglichkeit, die Segmentierung eines Parteiensystems zu operationalisieren besteht darin, einen Index für den Segmentierungsgrad zu bilden. Dabei wird der Anteil der politisch möglichen MWCs von allen rechnerisch möglichen MWCs subtrahiert. Der Wertebereich liegt zwischen null und eins. Ein Wert von null würde bedeuten, dass alle rechnerisch möglichen MWCs prinzipiell auch politisch durchsetzbar sind (keine Segmentierung). Ein Wert von eins würde dagegen eine extreme Segmentierung signalisieren, mit der Folge, dass keine Koalition zustande kommt (hoher Segmentierungsgrad).¹⁸⁹

¹⁸⁴ Ein Beispiel für eine Ausnahme ist Israel, wo häufig so genannte *overzised coalitions* gebildet werden. In einigen Fällen ist dies auch in den Niederlanden geschehen, vgl. Kapitel VI. Zudem gibt es in einigen skandinavischen Ländern eine Tradition von Minderheitsregierungen, die von nicht an der Regierung beteiligten Parteien toleriert werden oder mit wechselnden Partnern parlamentarische Mehrheiten bilden.

¹⁸⁵ Lijphardt 1999, S. 92.

¹⁸⁶ Lijphardt 1999, S. 91ff.

¹⁸⁷ Vgl. Van Roozendaal 1992, S. 10.

¹⁸⁸ Vgl. Pennings / Lane 1998, S. 3.

¹⁸⁹ Niedermayer 1996, S. 28.

Tabelle. II - 1. Beispiel für die Segmentierung eines Parlamentes

Partei	A	B	C	D	E
Sitze	8	21	26	12	33
<p>Aus der Sitzverteilung ergeben sich fünf MWCs, die eine rechnerische Mehrheit von mindestens 51 Sitzen erreichen: ABC, ADE, BCD, BE, CE.</p> <p>Wenn nur rechnerisch mögliche Koalitionen politisch durchsetzbar sind, an denen Partei E nicht beteiligt wird (z.B. weil diese dem politischen System insgesamt feindlich gegenüber steht), blieben nur ABC und BCD. Es würde sich ein Indexwert von 0,6 ($1 - 2 \times 0,2$) ergeben.</p>					

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Lijphart 1999, S. 93.¹⁹⁰

Dieser Index muss jedoch in einem qualitativen Kontext betrachtet werden, sonst ist seine Aussagekraft stark eingeschränkt, da sich die Koalitionsoptionen verändern können, ohne dass sich der Indexwert verändert. Nachdem eine Koalition zustande gekommen ist, muss zudem festgestellt werden, welche Koalitionen, außer der zustande gekommenen, politisch ebenfalls möglich gewesen wären. Hierzu ist eine landesspezifisch-qualitative Kontextanalyse notwendig. Auf diese Weise ist eine Annäherung an die Problematik veränderter Koalitionsoptionen möglich. Solche Veränderungen sind auf Entscheidungen der politischen Eliten zurückzuführen. Die Parteiführungen müssen bei Entscheidungen über neue Koalitionsoptionen jedoch berücksichtigen, dass die Wähler-Ebene davon tangiert wird.¹⁹¹

Hier kann zum einen auf eine Schnittstelle zwischen den Eigenschaften des Parteiensystems und den sozialstrukturellen und kulturellen Voraussetzungen der Gesellschaft verwiesen werden: Verändern sich die Interessen der Wähler aufgrund gesellschaftlichen Wandels, können die Parteien reagieren, indem sie ihre ideologisch-programmatische Ausrichtung modifizieren, was wiederum zur Folge hat, dass sich die Beziehungen der Parteien zueinander und damit die Segmentierung des Parteiensystems verändern kann.

In Demokratien mit einer regelmäßigen Regierungsbildung auf Grundlage von Koalitionen sollte die Asymmetrie innerhalb des Parteiensystems, die in der Regel als Differenz des Stimmengewichtes der beiden größten Parteien angegeben wird,¹⁹² auch auf Koalitionsoptionen angewendet werden, um die faktischen Machtverhältnisse zwischen den Parteien zu berücksichtigen. Bedeutsam für die Regierungsbildung und die Machtkonstellation innerhalb des Parteiensystems,

¹⁹⁰ Der Tabelle liegt die Annahme zugrunde, dass in dem exemplarischen Parteiensystem nur eine Konfliktdimension beziehungsweise eine links-rechts Verteilung vorhanden ist.

¹⁹¹ Vgl. Laver 1989, S. 303f. Vgl. Unten Abschnitt A) 2.b. in diesem Kapitel.

¹⁹² Stöss / Haas / Niedermayer 2006, S. 34.

ist die Frage, ob eine bestimmte Parteienkonstellation für einen längeren Zeitraum über eine strukturelle Mehrheit verfügt. In Parteiensystemen mit regelmäßiger Mehrheitsbildung durch Koalitionen, die mehr oder weniger festgelegt sind, sollte der Schwerpunkt der Betrachtung nicht auf einzelnen Parteien liegen. Vielmehr sollte das theoretisch bisher wenig beachtete Konzept „Parteienblock“¹⁹³ als Konzept einer zu erwartenden Koalition zugrunde gelegt werden.

c. Volatilität

Die Volatilität ist ein wichtiger Indikator für die Mobilität des Elektorats. Sie misst „*explizit Veränderungen der Größenrelationen zwischen Parteien*“.¹⁹⁴ Sie zeigt Veränderungen der Wähleranteile der Parteien zwischen zwei Wahlen in zeitlicher Abfolge auf. Für einen quantitativ messbaren Wandel von Parteiensystemen ist Volatilität eine notwendige Voraussetzung.

Die Höhe der Volatilität liefert damit Hinweise darauf, in welchem Maße eine Gesellschaft von politischen Parteien durchdrungen ist. Ist sie gering, deutet das auf stabile Konfliktstrukturen und eine hohe Durchdringung der Gesellschaft durch Parteien hin. Die Wahlergebnisse der von den Cleavages getragenen Parteien verändern sich in einem solchen Fall nur geringfügig. Steigt die Volatilität, ist das dagegen ein Hinweis auf eine Abschwächung gesellschaftlicher Konflikte, zumindest im Hinblick auf deren Relevanz für das Wahlverhalten. In solchen Fällen gewinnen kurzfristige, situative Faktoren für die Wahlentscheidung an Bedeutung.¹⁹⁵ Geht die Volatilität zurück, deutet das möglicherweise auf eine Revitalisierung alter Konflikte und auf eine zunehmende Bindung der Wähler an Parteien hin. Bei einer solchen Entwicklung ist ebenfalls denkbar, dass bedeutsame neue Cleavages entstanden sind oder bereits vorhandene soziale Konflikte politisiert wurden.¹⁹⁶

Durch die Volatilität lässt sich auch die Realignment/Dealignment-These auf zyklische Entwicklungen hin überprüfen. Eine über mehrere Wahlperioden steigende Volatilität weist auf nachlassende Parteibindungen der Wähler hin (Dealignment), eine zurückgehende Volatilität dagegen auf eine (Neu-) Konsolidierung der Parteibindungen (Realignment). Im Hinblick auf die Stabilität von Parteiensystemen wird eine gesteigerte Volatilität in westeuropäischen Parteiensystemen seit den 1970er Jahren als Hinweis dafür

¹⁹³ Donovan / Broughton 1999, S. 259.

¹⁹⁴ Niedermayer 1992, S. 147.

¹⁹⁵ Vgl. Unten Kapitel III, Abschnitt A) 1.b. S. 76f.

¹⁹⁶ Vgl. Ware 1996, S. 150f, 214f.

gewertet, dass die These der eingefrorenen Parteiensysteme nicht aufrecht erhalten werden kann.¹⁹⁷

Als Systemeigenschaft ist Volatilität definiert als „*net electoral change between [...] consecutive elections*“.¹⁹⁸ Gemessen wird die Volatilität eines Parteiensystems durch Aufsummierung der relativen Veränderungen des in Prozent der gültigen Stimmen ausgedrückten Wahlergebnisses aller Parteien bei zwei aufeinander folgenden Wahlen. Addiert werden also sowohl deren Verluste als auch die Gewinne. Um Doppelzählungen spezifischer Wahlverhaltensänderungen zu vermeiden, wird der Wert halbiert:¹⁹⁹

$$\text{Formel: Vol} = \sum_{i=1}^n \frac{|\%St_i - \%St_{i-1}|}{2}$$

Ein Wert von null würde völlige Stabilität des Parteiensystems bedeuten, ein Wert von 100 würde dagegen einen Austausch aller Parteien bei zwei aufeinanderfolgenden Wahlen signalisieren.²⁰⁰

Bei der Bewertung der Volatilität zwischen zwei Wahlen muss berücksichtigt werden, dass der Wert nur die Nettoveränderung des Wahlverhaltens auf der Aggregatebene anzeigt. Der Anteil individuell veränderten Wahlverhaltens könnte weit höher liegen. Auch ganze soziale Gruppen könnten hypothetisch bei aufeinander folgenden Wahlen jeweils andere Parteien unterstützen, sodass kein Veränderungseffekt auftritt oder sich dieser verringert. Andererseits kann Volatilität gemessen werden, ohne dass ein einziger Wähler die Partei gewechselt hätte: Bei einer Veränderung der Wahlbeteiligung; wenn die Gruppe der Erstwähler überproportional zu einer bestimmten Partei neigen oder durch den Tod ehemaliger Wähler.²⁰¹ Die politischen Präferenzen und das Wahlverhalten verschiedener Kohorten können sich erheblich unterscheiden.

Parteiensystemwandel kann sich einerseits durch den Eintritt neuer Kohorten in die Wählerschaft beziehungsweise das Ausscheiden alter Kohorten, mit vom Durchschnitt abweichenden Parteipräferenzen ankündigen.²⁰² Andererseits

¹⁹⁷ Dalton 2000, S. 33.

¹⁹⁸ Bartolini / Mair 1990, S. 19.

¹⁹⁹ Äquivalent wird in der einschlägigen Literatur häufig der so genannte Pedersen-Index angewendet. Dabei werden nur die Gewinne der Parteien, die gegenüber der letzten Wahl Stimmen hinzu gewonnen haben, addiert. Ergänzung zur Formel: $St_i - \%St_i - 1$ = prozentualer Stimmenanteil der Partei i bei der Wahl zum Zeitpunkt t beziehungsweise t – 1.

²⁰⁰ Mair 1993, S. 123f.

²⁰¹ Bartolini / Mair 1990, S. 25f. Die „Blockvolatilität“ kann sich sowohl auf Gemeinsamkeiten der soziologischen Wählerbasis beziehen (Partiefamilien) als auch auf Koalitionsoptionen.

²⁰² Ware 1996, S. 223.

Parteiensysteme im Wandel

Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und
Österreich im Vergleich

Onken, H.

2013, XXII, 381 S. 29 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02501-4